

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Joachim Hagen

**16.06.2018 /19.20-19.50 Uhr**  
**17.06.2018 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/info](http://www.ndr.de/info)

**Inhalt:**

- Ernsthafter Impuls zur nuklearen Abrüstung? Nach dem Treffen zwischen Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un
- Streit um Lent-Kaserne in Rotenburg – Testfall für neuen Traditionserlass?
- Bundeswehr-Führungsakademie als Denkfabrik – Etikettenschwindel oder Ideenschmiede für Sicherheitspolitik?
- Privatisierung von Panzerwerkstätten – Gefährliche Abhängigkeit der Bundeswehr von der Rüstungsbranche?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

**Atmo**  
**US-Nordkorea-Video**

„Zwei Männer, zwei Führer, ein Schicksal“ – so beschwört es das Video, das der amerikanische Präsident Trump dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un in Singapur gezeigt hat. Zwei Führer, die das Schicksal in der Hand haben. Was bei diesem historischen Gipfel in Singapur beschlossen wurde, und ob die Ergebnisse diesen Erwartungen gerecht wurden, darum geht es gleich in dieser neuen Ausgabe unserer Sendereihe Streitkräfte und Strategien. Mein Name ist Joachim Hagen.

Außerdem berichten wir über den neuen Traditionserlass der Bundeswehr und wie er den Streit um die Umbenennung einiger Kasernen beeinflusst.

- Die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg soll umgekrempelt werden. Und:

- Die geplante Privatisierung der Panzerwerkstätten – gerät die Bundeswehr dadurch in eine gefährliche Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie?

Zuerst aber zum Gipfeltreffen in Singapur. Die Welt rieb sich danach erstaunt die Augen, wie schnell der Diktator eines der letzten kommunistischen Staaten der Welt plötzlich zu einem respektablen Staatsmann werden konnte. Trump hatte Kim Jong-un vor dem Gipfel noch als „kleinen Raketenmann“ bezeichnet, jetzt war er „der Vorsitzende“.

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Der Vorsitzende Kim und ich habe gerade eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der er seine unerschütterliche Absicht bestätigt, alle Atombomben auf der koreanischen Halbinsel zu vernichten. Und er will das.“

Trump spielte in der Pressekonferenz immer wieder auf die Versuche der Regierung von Präsident Clinton an, die Beziehungen zu Nordkorea zu verbessern. Damals im Jahr 2000 war die amerikanische Außenministerin Albright nach Pjöngjang gereist. Die Verhandlungen scheiterten, da Nordkorea die Vereinigten Staaten mit Raketentests provozierte. Donald Trump wurde deshalb auch gefragt, was ihn so sicher mache, dass sich Kim Jong-un an die jetzt geschlossenen Vereinbarungen halten werde. Trump begründete seine Zuversicht so:

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Er hat gesagt, dass wir noch nie so weit gekommen sind. Ich glaube, sie hatten nie dieses Vertrauen in einen Präsidenten, der Sachen erledigen kann. Ich denke, er will das ebenso oder sogar mehr als ich, weil sie eine strahlende Zukunft für Nordkorea sehen.“

US-Außenpolitiker werfen Trump jetzt vor, er sei zu vertrauensselig. Kim Jong-un habe sein Ziel schon erreicht, nämlich mit dem amerikanischen Präsidenten von gleich zu gleich zu verhandeln. Dadurch habe er seine Macht in Nordkorea gefestigt. Trump dagegen hat keine belastbaren Vereinbarungen in Händen. Einen Zeitpunkt, zu dem Nordkorea mit der Vernichtung der Atomwaffen beginnen muss, gibt es nicht. Eine Überprüfung durch unabhängige Experten wurde ebenfalls nicht vereinbart. Trump hat sogar angeboten, die gemeinsa-

men Militärmanöver mit Südkorea abzusagen – mit der Begründung, sie würden Nordkorea provozieren. Bisher wurden solche gemeinsamen Manöver damit gerechtfertigt, sie seien notwendig, um die Verteidigungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Dieses Argument wurde jetzt entwertet. Und das gilt auch für Militärmanöver in anderen umstrittenen Regionen der Welt.

Wir kommen zu unserem nächsten Thema:

Der neue Traditionserlass der Bundeswehr – drei Monate ist er jetzt in Kraft. Notwendig war die Neufassung, weil im Zuge der Ermittlungen gegen einen rechtsextremen Oberleutnant deutlich geworden war, dass in der Bundeswehr immer noch Soldaten aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg als Helden verehrt werden. Diese Tradition soll ein Ende haben. So der erklärte Wille von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Aber das ist offenbar nicht so einfach, wie gedacht. Das wird auch bei der Umbenennung von Kasernen deutlich, die den Namen alter Wehrmachtshelden tragen.

### Manuskript Charlotte Horn

Atmo

Ende März auf dem Gelände der an diesem Tag neu benannten Tobias-Lagenstein-Kaserne in Hannover. Verteidigungsministerin von der Leyen nutzt den Appell zur Bekanntgabe des neuen Traditionserlasses. Was oder wer traditionsstiftend für die Bundeswehr sei, sei im Einzelfall immer eine Frage der Abwägung.

### O-Ton von der Leyen

„Und die Aufnahme in unser Traditionsgut muss zudem eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich und sinnstiftend in die Gegenwart wirkt; Etwa die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime (...) Militärische Exzellenz allein genügt jedenfalls nicht.“

Eine eindeutige Position der Ministerin zum Beispiel gegen den Jagdflieger Helmut Lent, nach dem eine Kaserne im niedersächsischen Rotenburg (Wümme) benannt ist. Lent wird allein durch seine militärischen Erfolge von

manchen Soldaten als Vorbild gesehen. Im Widerstand war er nicht. Sind Soldaten der Wehrmacht demnach also grundsätzlich keine Vorbilder mehr für die Bundeswehr 2018? Im neuen Traditionserlass heißt es dazu:

#### Zitat

„Die Bundeswehr ist freiheitlichen und demokratischen Zielsetzungen verpflichtet (...) Für die Streitkräfte eines demokratischen Rechtsstaates ist die Wehrmacht als Institution nicht traditionswürdig...“

Was heißt das konkret für die Lent-Kaserne? Seit gut zwei Jahren diskutiert man in der Region über den Namen. Parteiübergreifend ist der SPD-Bürgermeister genauso wie der CDU-Kreisverband für die Beibehaltung des Namens. Linke und Grüne sind dagegen. Eine Abstimmung im Rotenburger Kreistag vor zwei Jahren hatte eine Mehrheit für den Wehrmachtsoffizier Lent ergeben.

Im vergangenen Jahr stimmte auch die Personalvertretung der Soldaten der Lent-Kaserne für die Beibehaltung des Namens. Doch die offizielle Zustimmung des Bundesverteidigungsministeriums steht bis heute aus. Im Zuge der Diskussion um rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr hatte das Verteidigungsministerium beschlossen, den Traditionserlass von 1982 zu überarbeiten. Daher hieß es vor mehr als einem halben Jahr aus Rotenburg, man warte diese neuen Richtlinien ab. Der Erlass liegt inzwischen vor. Und jetzt? Auf Nachfrage heißt es von der Kaserne: die mögliche Umbenennung werde jetzt nach den neuen Richtlinien Bundeswehr-intern erneut geprüft. Wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei? Ungewiss, so ein Kasernensprecher.

Auf eine Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung verweist diese in ihrer Antwort Mitte Mai auf den Prozess im Bundesverteidigungsministerium. In der Vorbemerkung der Bundesregierung zu ihrer Antwort heißt es:

#### Zitat

„Mit der Inkraftsetzung der neuen Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege ist auf dieser neuen Grundlage zu prüfen, ob an den bestehenden Kasernenbenennungen festgehalten werden kann...Dies gilt auch für den Standort der Bundeswehr in Rotenburg (Wümme). Diese Prüfung dauert noch an.“

Und ein Ende ist nicht in Sicht. Auf Nachfrage von NDR Info teilt ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums schriftlich mit:

Zitat

„Mit der Inkraftsetzung des neuen Traditionserlass wird nunmehr aktuell geprüft, ob an den bestehenden Kasernenbenennungen festgehalten werden kann oder ob eine Umbenennung notwendig ist. Dies gilt auch für die Kaserne in Rotenburg/Wümme.“

Sollte das Prüfergebnis ein Umbenennen notwendig machen, wird ein neuer Dialogprozess initiiert. Dieser Dialog findet am Standort statt und bezieht die Angehörigen der Bundeswehr vor Ort ebenso ein, wie die kommunalen Vertreter und die Öffentlichkeit.

In Rotenburg (Wümme) bleiben Lokalpolitiker von SPD und CDU bei ihrer Einschätzung pro Lent. Der Bürgermeister von Rotenburg (Wümme), der SPD-Politiker Andreas Weber, hält auch nach dem neuen Traditionserlass an dem Namen der Lent-Kaserne fest. Er will sich vor dem Mikrofon nicht mehr äußern, will die Entscheidung aus dem Ministerium abwarten.

Dem Deutschlandfunk hatte Weber in einem Interview Ende Mai noch gesagt, er würde sich freuen, wenn endlich diese Diskussion beendet werde und dem Wunsch des Stadtrats stattgegeben werde. Nach einem Bericht der Rotenburger Kreiszeitung hat Bürgermeister Andreas Weber dem Kommandeur des in der Lent-Kaserne stationierten Jägerbataillons, York Buchholtz, Ende April einen Brief geschrieben. Darin bittet der SPD-Politiker darum, den Namen beizubehalten. Zitat:

Zitat

„Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es ein Mehr an Transparenz in diesem Entscheidungsprozess kaum geben kann.“

Die Entscheidung des Stadtrates vom September 2016 für den Namen Lent habe weiterhin Bestand. Weber schlägt dem Kommandeur in dem Brief vor, neben dem Namensschild der Kaserne könnten Schüler eine Informationstafel erarbeiten – als kritische Geschichtsaufarbeitung und Mahnung für junge Soldaten. Wie Weber, so ist auch SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil für eine

Beibehaltung des Kasernennamens in seinem Wahlkreis Rotenburg. Klingbeil kritisiert auf seiner Website den Zick-Zack-Kurs der Verteidigungsministerin. Nach dem neuen Traditionserlass hatte er vom Ministerium eine klare Aussage zur möglichen Umbenennung erbeten. Die Antwort fiel ähnlich aus, wie die Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion: Man werde auf der neuen Grundlage prüfen, ob an dem Kasernennamen festgehalten werden könne oder eine Umbenennung erforderlich sei. Lars Klingbeil selbst lehnte eine Stellungnahme gegenüber NDR Info aus terminlichen Gründen ab.

Nils Bassen von den Linken in Rotenburg (Wümme) setzt sich für eine erneute Diskussion ein. Seiner Meinung nach ist der Kasernen-Name nicht mehr vertretbar.

#### O-Ton Bassen

„Die Bevölkerung ist echt genervt mittlerweile von der Diskussion, auch die Kommunalpolitiker wollen eigentlich gar nicht mehr darüber diskutieren über das Thema. (...) Die wollen das einfach stillschweigend so bei sich belassen und den Namen beibehalten und das finde ich problematisch. Weil es einen neuen Traditionserlass gibt, sollte man wieder anfangen zu diskutieren.“

Vom Bundesverteidigungsministerium erwartet der Linken-Politiker einen Impuls.

#### O-Ton Bassen

„Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass das Verteidigungsministerium ein bisschen mutlos ist. Die sollten auf jeden Fall entscheiden, die könnten das auch und sollten das auch. Es wurden schon viele Kasernen umbenannt. Gerade wenn man jetzt sieht: wir haben einen neuen Zeitgeist, ein neues Gefühl in der Gesellschaft. Da kann man nicht mehr den Namen wie jetzt beibehalten. Das sollte eigentlich der Verteidigungsministerin klar sein, dass der Name gar nicht mehr haltbar ist. Und deswegen sollte das Verteidigungsministerium jetzt auch mal handeln.“

Nils Bassen schlägt vor, dem Beispiel der Tobias-Lagenstein-Kaserne in Hannover zu folgen. Er regt an, die Lent-Kaserne nach einem in Afghanistan gefallenen Soldaten umzubenennen - oder einfach nur Wümme-Kaserne.

Und Historiker? Für sie ist der neue Traditionserlass Interpretationssache. Nach der Einschätzung des Militärhistorikers Sönke Neitzel von der Universität

Potsdam lässt das neue Regelwerk den Jagdflieger der Wehrmacht Helmut Lent als Namensgeber durchaus zu.

#### O-Ton Neitzel

„Wenn ich das jetzt richtig lese, dann würde ich argumentieren, dass Lent sehr wohl traditionsfähig ist, denn er ist ein werteorientierter Mensch gewesen, er war ein in der Wolle gefärbter Protestant, der dem christlichen Menschenbild verhaftet war. Er war kein Nationalsozialist, er war nicht in der Partei, er war auch nicht an der Ostfront...und es ist klar, dass kein Soldat der Wehrmacht völlig sauber herauskommt aus diesem Krieg.“

Der Militärgeschichtler Wolfram Wette sieht das anders. Seiner Meinung nach hätte der alte Traditionserlass von 1982 für eine Entscheidung um eine mögliche Umbenennung der Lent-Kaserne ausgereicht.

#### O-Ton Wette

„Der neue Erlass ist vielleicht ein bisschen deutlicher. Da steht jetzt drin: die Wehrmacht war Teil des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Und der Erlass äußert sich auch zum Thema: hervorragender Kriegshandwerker, in wünschenswerter Deutlichkeit. Da heißt es: die freiheitlichen Zielsetzungen, denen die Bundeswehr verpflichtet ist, erlaubt es nicht, die Traditionswürdigkeit auf professionelles Können von Soldaten im Gefecht zu reduzieren. Da steckt eigentlich alles drin, was zur Beurteilung des Oberstleutnants Lent des Nachtjägers. (...) Und da stellt sich die Frage: wieso ist eigentlich Lent immer noch Namensgeber?“

Seine Erklärung für die Zustimmung in der Region: Die Menschen seien eben sehr lokalpatriotisch. Das sei aus der Ferne schwer nachzuvollziehen. Nach Eindruck des Militärgeschichtlers wollten Traditionalisten in der Bundeswehr jahrelang die Wehrmachts-Geschichte erhalten und im Falle der Kasernen Umbenennungen verhindern.

#### O-Ton Wette

„Die Soldatenvertretung hat sich pro Lent ausgesprochen. Nun hat es die Ministerin verdammt schwer, in dieser Frage den richtigen Weg zu finden. Ich möchte ihr nicht vorgreifen, aber nach meiner Überzeugung wäre es richtig, das durch ein Ministerwort zu entscheiden.“

Auch Jakob Knab verfolgt den Streit über die Lent-Kaserne. Der pensionierte Geschichtslehrer aus Bayern engagiert sich schon seit mehr als 30 Jahren gegen Wehrmachts-Traditionen in der Bundeswehr: Den neuen Traditionserlass hält er für den Streit um die Umbenennung der Lent-Kaserne für überflüssig.

Knab wundert sich nicht über den langsamen Prozess und dass es bis heute keine Entscheidung gibt.

#### O-Ton Knab

„Die politische Heimat der Bundesministerin ist natürlich Niedersachsen und sie kann ihre treuesten Gefolgsleute (...) nicht vor den Kopf stoßen. Die politische Entscheidung, die politische Verantwortung liegt ausschließlich bei der Bundesministerin der Verteidigung. Und der Standort Rotenburg wird sich nicht bewegen...“

Für Kritiker gibt es noch sieben Bundeswehr-Kasernen mit Namen, die nicht haltbar sind. Der Militärhistoriker Sönke Neitzel glaubt allerdings, dass das Verteidigungsministerium sich bald zu der möglichen Umbenennung der Lent-Kaserne positionieren wird.

#### O-Ton Neitzel

„Das weiß ich nicht, wie das politisch gespielt wird. Ich würde mal wetten, dass diese paar Kasernen...man wird dafür Sorge tragen, dass dann die Soldaten - surprise, surprise - eine Initiative starten in dem sie sagen, wir wollen das jetzt umbenennen. Das wird man schon geschickt spielen... Ich habe viele Gespräche geführt - auch mit den zuständigen Leuten - und es herrscht eine ganz große Angst in der Bundeswehr, etwas Falsches zu tun. Keiner in der Bundeswehr will für einen Kasernennamen seine Karriere aufs Spiel setzen, will sich den Fragen auch von Journalisten stellen... Und ich sehe diese Bereitschaft nicht - weder vor Ort noch sehe ich sie im Verteidigungsministerium...deswegen wird es wegmoderiert werden. Vielleicht nicht gleich, vielleicht nicht diesen Sommer, aber man wird eine günstige Gelegenheit finden.“

So ist schon jetzt klar, dass die Marseille-Kaserne im schleswig-holsteinischen Appen umbenannt wird. Offen sind nur noch Zeitpunkt und der künftige Name. Sönke Neitzel schätzt, dass der Prozess um die Umbenennung von Bundeswehr-Kasernen mit Wehrmachtsnamen bald beendet sein wird.

#### O-Ton Neitzel

„...wenn ich jetzt mal was tippen sollte, dann glaube ich, dass es mit Ausnahme der Rommel-Kaserne in fünf Jahren keine Kaserne mehr gibt, die nach einem Wehrmachtswesen benannt worden ist.“

\* \* \*



## Hagen

Charlotte Horn über die Schwierigkeiten bei der Umbenennung von Kasernen.

Die Führungsakademie der Bundeswehr ist eine altehrwürdige Institution. 1957 in Bad Ems gegründet, wurde sie ein Jahr später nach Hamburg verlegt. Seitdem werden hier Offiziere und Generäle auf ihre Aufgaben in der Truppe, bei der NATO und sogar bei den Vereinten Nationen vorbereitet. Auch Soldaten fremder Armeen sitzen in den Seminaren und Vorlesungen. Aber jetzt soll vieles anders werden. Die Fortbildungsstätte der Bundeswehr wird umgekrempelt. Julia Weigelt berichtet.

## Manuskript Julia Weigelt

An der Führungsakademie werden die künftigen Generalstabsoffiziere ausgebildet. Die meisten jungen Hauptleute und Majore haben bereits Kompanien geführt und waren im Auslandseinsatz. Gegen Ende des zweijährigen Lehrgangs schreiben sie eine Abschlussarbeit. Was macht die Führungsakademie der Bundeswehr eigentlich damit?

## O-Ton Nannt

„Bisher war das so, dass wir wie so ein schlummernder Wissensriese waren.“

...sagt Oberst Boris Nannt, Strategie-Direktor an der Führungsakademie, kurz Füak genannt.

## O-Ton Nannt

„Das heißt, viel Wissen wurde elaboriert, es wurde niedergeschrieben, aber am Ende haben wir es nicht geschafft, das Wissen zum Entscheidungsträger hinzubringen.“

Hunderte Seminararbeiten, Workshop-Ergebnisse, das Wissen von Jahrzehnten, verstaubt ungenutzt in Archiven.

## O-Ton Nannt

„Und das ist, glaub ich, ein Punkt, den können wir uns einfach nicht erlauben.“

...sagt Oberst Nannt.

Die Führungsakademie der Bundeswehr hat sich jahrzehntelang vor allem mit sich selbst beschäftigt, wie Insider berichten. Die Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe versuchten, Einfluss zu nehmen auf den Lehrplan.

Reformwilliges Leitungspersonal, das diese Missstände mit einem externen Assessment-Verfahren durchbrechen wollte, wurde zurückgepfiffen. Kein Wunder, dass sich die Führungsakademie nur dann weiterentwickelt, wenn der Druck von außen zu groß wird. So hat die Entstehung des Masterstudiengangs „Militärische Führung und Internationale Sicherheit“, bei dem die Füak seit drei Jahren mit der ebenfalls in Hamburg ansässigen Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr kooperiert, nach Angaben von Insidern vor allem einen Grund: Die Heimatländer der ausländischen Stabsoffiziere, die am Generalstabs-Lehrgang der Akademie teilnehmen, drohten, andernfalls keine Soldaten mehr zu schicken.

Die aktuelle Neukonzeption entstand nicht aus sich selbst heraus: Im November 2016 sprach Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ein Machtwort. Sie unterstellte die Füak dem Generalinspekteur, in der Hoffnung, das eifersüchtige Gezänk der Teilstreitkräfte über Ausbildungsinhalte auf ein Minimum zu reduzieren. Außerdem soll an der Führungsakademie eine Denkfabrik, ein Think Tank entstehen - so der Auftrag der Verteidigungsministerin. Einen Namen hat das neue Institut inzwischen: German Institute for Defence and Strategic Studies, kurz GIDS. 15 neue Stellen für Forschende wurden hierfür genehmigt. Die Denkfabrik soll in Kooperation mit der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr betrieben werden.

Nach Angaben von Oberst Nannt wird es noch zwei Jahre dauern, bis alle Stellen besetzt sein werden. Gleichzeitig sollen auch die 130 Dozenten und 600 Lehrgangsteilnehmer der Führungsakademie zum Aufbau der Denkfabrik beitragen. Aus- und Fortbildung militärischer Führungskräfte bleibe allerdings Schwerpunkt des Hauses, der Auftrag Strategieberatung komme hinzu, so Nannt.

Bislang sucht man auf der Internetseite der Füak allerdings vergebens nach Publikationen von Dozenten oder Lehrgangsteilnehmern. Das soll sich nach Angaben des Strategiedirektors ändern. Und Nannt will noch mehr:

#### O-Ton Nannt

„Dass man vielleicht einen Podcast dort hat, vielleicht auch ein Youtube-Format, dass man einen TED-Talk dort macht, dass man dort Übertragungen macht von Tagungen. Also wesentlich mehr, so dass man auch viele Kanäle bedient.“

Auch LinkedIn, Facebook und andere Netzwerke sollen genutzt werden. Bisher war die Füak dort nicht aktiv – ein Anachronismus, der nicht nur Lehrgangsteilnehmern unverständlich ist. Den nötigen Rückenwind für diese für Bundeswehrverhältnisse bahnbrechenden Änderungen hat Oberst Nannt, der zuvor als stellvertretender Ministeriumssprecher in Berlin enge Kontakte zur Leitungsebene der Bundeswehr knüpfen konnte.

Aufträge soll das GIDS-Institut vom Verteidigungsministerium erhalten; gleichzeitig will die Füak selbst Themen setzen. Fachlich betreut wird der neue Think Tank von Oberst Matthias Rogg, der zuvor das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr in Dresden geleitet hat. Neubauten soll es auf dem Gelände der Führungsakademie erst mal nicht geben, sagt Rogg:

#### O-Ton Rogg

„Im Augenblick sind wir alle dabei, ein bisschen enger zusammenzurücken, weil die ganze Führungsakademie ja aufwachsen wird. Wir versuchen jetzt erst mal, uns mit der neuen Situation so aufzustellen, dass wir alle dicht beieinander sind, und dann schauen wir, wie es dann weitergeht.“

In Konkurrenz zu anderen deutschen Forschungseinrichtungen sieht Rogg die neue Denkfabrik GIDS der Bundeswehr nicht. Da gibt es zum Beispiel die vom Kanzleramt finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik, weiterhin die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die Mittel von Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium erhält, außerdem die politischen Stiftungen der Parteien. Jede von ihnen produziert große Mengen von Beratungspapieren. Dennoch gebe es ausreichend unbearbeitete Themen, ist sich Rogg sicher.

### O-Ton Rogg

„Kultur und Identität von Gewalt in sicherheitspolitischer Expertise, die Frage, wie Ökonomie und Ökologie von Gewalt zusammenhängen, und wie man sie strategisch und sicherheitspolitisch denken muss. Andere Fragestellungen betreffen strategische Partnerschaften.“

Die Komplexität sicherheitspolitischer Zusammenhänge könne man nicht hoch genug einschätzen, sagt Oberst Rogg. Das GIDS soll seinen Teil dazu beitragen, diese Zusammenhänge zu erkennen und zu erklären. Dafür kooperiert die Führungsakademie mit der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Dort ist der Historiker Burkhard Meißner für das Projekt verantwortlich:

### O-Ton Meißner

„Den Leuten, die sich darüber wundern, dass Historiker einen Think Tank leiten können, sage ich: Historiker waren auch schon Bundeskanzler in diesem Land.“

...sagt Meißner selbstbewusst. Er freut sich darauf, bald die Abschlussarbeiten seiner Studenten veröffentlichen zu können. Themen, die die militärische Sicherheit betreffen, sollen allerdings geheim bleiben. Welche Forschungsaufträge angenommen werden, soll laut Meißner ein externer Beirat entscheiden, der gerade gebildet werde.

Doch wie frei können junge Hauptleute an einer Militärakademie forschen? Was passiert, wenn sie zu einem Ergebnis kommen, das nicht auf Linie des Verteidigungsministeriums liegt? Oberst Boris Nannt will Mut machen:

### O-Ton Nannt

„Ich sehe das GIDS als Schutzschild, dass man unter dem Label GIDS Dinge produziert, bewusst Themen setzt – und ich glaube, es ist wichtig. Wenn es uns nicht gelingt, Dinge offen anzusprechen, dann werden wir Dinge nicht verbessern können.“

Kapitän zur See a.D. Heinz-Dieter Jopp, ehemaliger Fachbereichsleiter der Führungsakademie, ist da allerdings skeptisch:

### O-Ton Jopp

„Die Grundidee eines Think Tanks ist ja: Thinking the unthinkable, also das Undenkbare denken. Und bisher ist die Erfahrung leider so, fast schon erwartbar, weil das System so arbeitet: Viele derer, die kritische Gedanken hat-

ten und diese auch geäußert haben, sind dann auf dem weiteren Weg ihrer militärischen Karriere ausgebremst worden, um es vorsichtig auszudrücken.“

Wenig ermutigend für aufstrebende Stabsoffiziere. Auch die kurzen Stehzeiten der Lehrgangsteilnehmer und Dozenten der Führungsakademie sieht Jopp kritisch. Seiner Meinung nach brauche es fünf Jahre, bis Forscher sich etabliert und ausreichend vernetzt hätten. Aktuell wechseln Offiziere meist nach zwei Jahren ihren Dienstposten. So auch Konteradmiral Carsten Stawitzki, der die Leitung der Führungsakademie im vergangenen Monat an Brigadegeneral Oliver Kohl übergeben hat.

Die Füak als Think Tank? Für Kapitän zur See Jopp ist das eine Mogelpackung, gerade wenn er an die potenziellen Abnehmer der Forschungsarbeiten denkt, die die Akademie auf ihrer Internetseite angibt. Außer dem Verteidigungsministerium sollen auch andere Ressorts der Bundesregierung vom GIDS beraten werden. Für Jopp ist das unrealistisch. Die Bundesregierung komme gar nicht auf die Idee, in Hamburg nachzufragen. Stattdessen treffe man sich in der edlen Stiftung Wissenschaft und Politik oder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik direkt in Berlin.

Auch den von Oberst Rogg erwähnten vernetzten Ansatz sieht Jopp als nicht erfüllt an. Er schlägt vor, bei der Stellenbesetzung der Führungskademie auch andere Ministerien zu beteiligen.

#### O-Ton Jopp

„Sie können ein paar Dienstposten schaffen, die finanziert werden durch die anderen Ministerien, ob Innenministerium, Finanzministerium, Verkehrsministerium – wer auch immer da mitmachen will. Und dann würden Referentinnen und Referenten von diesen Häusern entsandt, und wenn die dann vier, fünf Jahre Stehzeit hätten – die würden ja nicht nur sich selber einbringen können, sondern sie können ja auch sehr viel mitnehmen aus dieser Erfahrung in die einzelnen Häuser.“

Input aus anderen Ressorts tut der Führungsakademie laut Jopp auch deswegen gut, weil bei der Besetzung militärischer Stellen an der Führungsakademie nicht ausschließlich die Qualifikation entscheide.

### O-Ton Jopp

„Manchmal werden aber auch nur Leute draufgesetzt, weil sie mal wieder irgendwo untergebracht werden müssen, zwei Jahre Zwischenzeit haben, um dann wieder woanders hin versetzt zu werden.“

Eine Erfahrung, die auch der langjährige Dozent an der FÜak, Rudolf Hamann, gemacht hat.

### O-Ton Hamann

„Entweder kriegen sie Leute hin, die dort ihre letzte Verwendung haben und dort ihrer Pensionierung entgegen dämmern. Dann haben sie jemanden, der kommt, weil er sich ausruhen soll, weil er vorher in Afghanistan einen scharfen Einsatz gehabt hat. Manchmal haben sie das Gefühl, diese Akademie ist ein Verschiebebahnhof, ohne, dass man sagen kann, was sie in dieser Zeit machen sollen. Sie machen ihren Unterricht, gehen wieder nach Hause, und was sie hinterlassen, ist eigentlich null.“

### Atmo Blättern in Programmheft

Die GIDS-Planer beeindruckt solcherlei Kritik nicht. Am 29. Juni soll an der Führungsakademie eine Auftaktveranstaltung stattfinden. Hamann blättert in der Einladung.

### O-Ton Hamann

„German Institute for Defence and Strategic studies - outside the box...“

...liest der ehemalige FÜak-Dozent vor.

### O-Ton Hamann

„Ich würde ja sagen: Das läuft wesentlich auf ‚Inside the box‘ raus, denn das ist ein Verein, der wesentlich nach innen gerichtet ist, aber nicht nach außen.“

Für den früheren FÜak-Dozenten sind mit dem Aufbau der Denkfabrik GIDS noch viele Fragen verbunden:

### O-Ton Hamann

„Die Frage ist ja: Was ist das Ziel? Wie will ich das Ziel erreichen? Welche institutionellen Änderungen? Wie sieht das mit dem Personal aus, mit dem Geld? – Man muss wissen: Diese Akademie ist eine Ausbildungsinstitution, und die haben bisher mit Think Tank und dergleichen nie etwas am Hut gehabt. Und sie können natürlich mit einer Feuerwehrcapelle Beethoven spielen, aber man weiß, was dabei rauskommt - viel Blech.“

Bei der Think Tank-Idee sei von der Leyen von ihrem Studium in den USA inspiriert worden. Dort hat diese Art der Politikberatung eine lange Tradition. Die Füak allerdings jetzt Think Tank zu nennen, ist für Rudolf Hamann ein Etikettenschwindel. Die Voraussetzungen seien nicht gegeben – beginnend mit freier Forschung. Liege das Ergebnis auf Ministeriumslinie, sei alles super. Doch:

#### O-Ton Hamann

„Wenn Sie aber eine gegenteilige Meinung haben, dann ist erstens die Frage, ob die zur Publikation kommt, Und das Zweite: Ob das für Ihre Karriere unbedingt nützlich ist. Und im Zweifelsfalle arbeiten Sie alle mit der Schere im Kopf. Insgesamt gilt für die Akademie im Kleinen, was für die Bundeswehr im Großen gilt: Das ist ein extrem gestörtes Verhältnis zu Publikation und zur Öffentlichkeit.“

\* \* \*

#### Hagen

Julia Weigelt über die Änderungen bei der Führungsakademie der Bundeswehr.

Teile der Bundeswehr-Ausrüstung werden schon jetzt von Privat-Unternehmen beschafft und verwaltet. So gehört der größte Teil des Fuhrparks, also der Dienstfahrzeuge der Truppe und der Verwaltung, einem eigens gegründeten Dienstleister. Auch die Uniformen der Soldaten werden von einer Privatfirma angeschafft. Aber jetzt sollen auch die Panzerwerkstätten der Bundeswehr privatisiert werden. Und dagegen regt sich Protest. Björn Müller berichtet.

#### Manuskript Björn Müller

In der Öffentlichkeit wird Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht müde zu betonen, dass sie die Bundeswehr zu einer Streitmacht umkrempelt – von einer kaputt gesparten Trümmertruppe hin zu einer Armee, die wieder selbstbewusst in der Öffentlichkeit und im Bündnis auftreten kann. Im Rahmen der sogenannten „Trendwenden“ wirbt die Truppe im großen Stil um neues Personal, fordert üppige Milliardenbeträge für neues Großgerät und erklärt, dass beim Material nun ihre Bedürfnisse Vorrang haben vor denen der Industrie.

Zu dieser Bundeswehr-Agenda einer neuen eigenen Stärke will allerdings ein Großprojekt nicht so recht passen: Die geplante Abgabe der drei Panzerwerkstätten der Heeresinstandsetzungslogistik - kurz HIL - für 20 Jahre an die Rüstungsindustrie durch das Verteidigungsministerium. Die HIL ist eine GmbH, bei der das Verteidigungsministerium der Mehrheitseigner ist. In den drei HIL-Werken in Sankt Wendel im Saarland, in Darmstadt und im brandenburgischen Doberlug-Kirchhain, setzen zivile Techniker der Bundeswehr abgenutzte Kampfpanzer und andere Einsatzfahrzeuge wieder instand. Die Techniker der Truppe sind zu dem Unternehmen versetzt worden und werden weiterhin von der Bundeswehr bezahlt.

Die HIL vergibt bereits jetzt mehr als 70 Prozent ihrer Instandsetzungen an Rüstungsfirmen wie Rheinmetall weiter. Mit der Privatisierung der drei HIL-Werkstätten würden Werksinstandsetzungen, das sind u.a. größere Arbeiten wie das Einrüsten neuer Waffensysteme, ganz an die Industrie gehen, einschließlich der rund 1.000 Facharbeiter.

Harsche Kritik an den Privatisierungsplänen von der Leyens kommt aus der Belegschaft des bundeseigenen Unternehmens: Matthias Moseler, Vorsitzender des HIL-Betriebsrates:

#### O-Ton Moseler

„Wir haben ja viel zu wenig Instandsetzer. Da brauchen sie schon besonders ausgebildete Fachkräfte. Und die kriegen sie nur aus den Ausbildungswerkstätten der Bundeswehr bestenfalls, oder von der HIL GmbH. Also das ist ein ganz eng umfasster Markt.“

Auf dem Fachkräftemarkt für militärisches Gerät konkurrieren inzwischen Bundeswehr und Rüstungsfirmen. Seit die Truppe sich wieder stärker auf die Bündnisverteidigung konzentrieren soll, treiben dauernde Übungen, u.a. im Baltikum, den Materialverschleiß nach oben. Hinzu kommt die intensive Abnutzung von Gerät in klimatisch anspruchsvollen Einsatzgebieten wie Mali in der Sahel-Zone. Der Industrie wiederum beschert der Konflikt mit Russland volle Auftragsbücher. Der Chef des Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann, Frank Haun, rechnet für die Branche mit Aufträgen über 5.000 neue Kampfpanzer in Europa.



Neben dem Personalmangel sieht Betriebsratschef Matthias Moseler noch ein weiteres massives Problem bei einer Privatisierung der Instandsetzungs-Werkstätten:

#### O-Ton Moseler

„Und dann haben wir (HIL) natürlich auch infrastrukturelle Probleme. Das heißt, wo früher zehn Fahrzeuge in einer Werkstatt instandgesetzt werden konnten, da können wir jetzt bestenfalls vier oder fünf instandsetzen, da die Fahrzeuge viel größer und schwerer sind sowie mehr Zubehör haben - und das alles vor dem Hintergrund, dass sich die Aufgaben der HIL GmbH verdreifachen werden im Auftragsvolumen. Wo wir früher 7.500 Geräte in der HIL GmbH in der Verantwortung hatten, werden wir ab 2025 eine Anzahl von fast 20.000 Geräten in der Verantwortung haben.“

Bis Ende vergangenen Jahres betreute das Unternehmen lediglich die Rad- und Kettenfahrzeuge des Heeres und der Streitkräftebasis - von einfachen Instandsetzungsarbeiten an den Bundeswehr-Standorten durch mobile Techniker-Teams bis hin zu aufwendigen Instandsetzungen in den Werkstattdepots. In den kommenden Jahren soll die HIL GmbH jedoch die Instandhaltung „aller geschützten und ungeschützten militärischen Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr verantworten“, so das Verteidigungsministerium auf Anfrage von NDR Info. Das heißt, die Reparaturaufgaben der bundeseigenen Firma wachsen immens.

Das Problem: Über die für die Bundeswehr wichtigen Instandsetzungskapazitäten der drei HIL-Werke würde das Verteidigungsministerium nach einer Privatisierung nur noch in Absprache mit der Industrie verfügen. Bei dieser könnten aber, je nach Geschäftslage, auch andere Aufträge Priorität haben und nicht mehr die der Bundeswehr.

Die Verteidigungspolitikerin der Grünen im Bundestag, Katja Keul, sieht bei der geplanten HIL-Privatisierung zudem ein grundsätzliches Problem:

#### O-Ton Keul

„Wenn ich den gesunden Menschenverstand an der Stelle anlege und ich habe einen PKW und ich bringe den in eine Werkstatt, die frei und unabhängig auf dem Markt Ersatzteile besorgen kann, dann ist das in der Regel günstiger, als wenn ich sozusagen dann bei einem gebundenen Markenhändler bin.“

So kann die bundeseigene Instandsetzungsfirma gegenwärtig Unteraufträge an die günstigsten Anbieter am Markt vergeben. Mit der völligen Abgabe der Werksinstandsetzung an bestimmte Industrieunternehmen müsste die Bundeswehr Festpreise zahlen, die mit den neuen Besitzern der Werke für 20 Jahre ausgehandelt würden, so die Angaben des Verteidigungsministeriums.

Ein Sprecher räumt gegenüber NDR Info ein – Zitat: „Die HIL hat in der Vergangenheit bei der Vergabe der Werkinstandsetzungsleistungen den Wettbewerb am Markt stimuliert, um so der Abhängigkeit von einzelnen Anbietern entgegenzuwirken.“

Trotz solcher Nachteile beharrt von der Leyens Wehressort auf der Privatisierung der drei Panzerwerkstätten. Die Position des Ministeriums: Die 2005 zur Hochphase schrumpfender Wehretats gegründete bundeseigene HIL GmbH hatte stets das Hauptziel, durch ihre Auftragsvergabe zum Erhalt der deutschen Wehrindustrie beizutragen. Mit der Privatisierung der Panzerwerkstätten werde diese Strategie quasi optimiert. Zudem sei es nie Zielsetzung der HIL gewesen, für die Ausbildung neuer Fachkräfte zu sorgen. Die Gründung der HIL habe u.a. lediglich mit dazu gedient, in schwierigen Zeiten Bundeswehrpersonal weiter zu beschäftigen. Mit dem altersbedingten Ausscheiden dieser Fachkräfte wären die Werke ab Mitte der 2020er Jahre nicht mehr funktionsfähig und damit auch nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. Selbst wenn die GmbH beim Bund bliebe und eigenes Personal rekrutiere, sei die Abgabe an die Industrie die kostengünstigere Variante für die Bundeswehr, so das Ministerium gegenüber NDR Info. Das zeige eine Untersuchung des Wehressorts.

Auf Anfrage von NDR Info bei den Bundestagsparteien befürworten jedoch nur die Unionsparteien die Abgabe der Panzerwerkstätten. Selbst bei deren Koalitionspartner kommen die Argumente des Verteidigungsministeriums nicht gut an. Gabi Weber, SPD-Verteidigungspolitikerin im Bundestag und Berichterstatterin zum Thema HIL-Privatisierung:

### O-Ton Weber

„Wenn die Bundeswehr wirklich im Einsatz ist, dann muss unter Umständen 24 Stunden lang, 7 Tage die Woche, alles möglich sein, um Dinge sofort instandzusetzen. Ich kann mir im Moment nicht vorstellen, wie man das vertragsgemäß wirklich so abwickeln kann, dass die Flexibilität dann auch da ist und zu vertretbaren Kosten.“

Bereits seit 2012 arbeitet eine Arbeitsgruppe von Bundeswehr und Wirtschaft an der Entwicklung von Modellen, wie ein großer Teil der Logistik und Instandhaltung an die Industrie abgegeben werden kann. Die Streitkräfte streben vor allem an, bei Bedarf kurzfristig besondere Leistungen zusätzlich buchen zu können. Praktikable Lösungen gibt es allerdings bis heute nicht. So wollen die auf Gewinn ausgerichteten Unternehmen satte Vergütungen sehen, wenn sie Technik und Personal dauernd bereithalten.

Für den Wehrbeauftragten des Bundestages, Hans-Peter Bartels, wäre dieses Vorgehen ein strategischer Fehler.

### O-Ton Bartels

„Ich warne vor zu langen Festlegungen auf Leistungen durch die Industrie, die die Industrie natürlich nur eingeht, wenn sie das Risiko abschätzen kann. Das heißt, alle bleibenden Risiken werden auf die Bundeswehr abgewälzt. Gibt's neue Lagen, macht man neue Verträge, zahlt die anderen aber trotzdem weiter, weil die ja mal abgeschlossen worden sind. Das ist kein idealer Weg. Wenn man da wieder so nah wie möglich mit Entscheidungen und Kapazitäten an die Truppe kommt - das wäre der bessere Weg.“

Der Eindruck bleibt, die vom Verteidigungsministerium geplante Privatisierung der Heeresinstandsetzungslogistik dient vor allem der Stärkung der Rüstungsindustrie. Den militärischen Bedürfnissen der Bundeswehr wird dieses Konzept nicht gerecht.

\* \* \*

### Hagen

Björn Müller über den Streit um die Privatisierung der Panzerwerkstätten der Bundeswehr. Damit geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie finden diese Sendung auch bei uns im Netz unter [ndr.de/Streitkräfte](http://ndr.de/Streitkräfte) - ebenso wie unser Podcast-Angebot und das Manuskript der Sendung. Am Mikrophon war Joachim Hagen.